

liehen Koexistenz niemals mitmachen und man müsse nach anderen Wegen suchen. Eine Reihe Parteigruppen begann mit der Klärung dieser Frage.

Den Genossen wurde vor Augen geführt, daß mit dem Entstehen des ersten sozialistischen Staates die Frage beantwortet werden mußte, wie sich Staaten mit gegensätzlichen gesellschaftlichen Systemen zueinander verhalten sollen. Bekanntlich siegte 1917 die sozialistische Revolution erst in einem Lande, in Rußland. Die Geschichte verläuft so, daß die sozialistische Revolution nicht in allen kapitalistischen Ländern gleichzeitig heranreift und daher sozialistische und kapitalistische Staaten für längere Zeit nebeneinander bestehen. Sollen sie nun Krieg gegeneinander führen oder in Frieden nebeneinander leben? In einem sozialistischen Staat gibt es bekanntlich niemanden, der an einem Kriege interessiert ist, im Gegenteil, der planmäßige Aufbau des Sozialismus erfordert die Erhaltung des Friedens. Der sozialistische Staat denkt auch nicht daran, anderen Völkern gewaltsam die sozialistische Ordnung „aufzuzwingen“, sondern die Revolution muß in jedem Lande selbst heranreifen. Deshalb begründete Lenin die Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit gegensätzlicher gesellschaftlicher Ordnung als die einzig richtige sozialistische Außenpolitik gegenüber den kapitalistischen Ländern. Es handelt sich also nicht um eine zeitweilige Taktik, sondern um das Prinzip der Außenpolitik, das sich objektiv aus dem Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung in der Welt ergibt. Die Marxisten-Leninisten können daher keine andere Politik als die der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung vertreten.

Wenn die Imperialisten also gegenwärtig die Gipfelkonferenz zum Scheitern brachten und die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion ablehnen, wie Genossen in der Diskussion anführten, ist damit nicht die Notwendigkeit der Politik der friedlichen Koexistenz aufgehoben. Im Gegenteil. Wir müssen unsere Anstrengungen für den Sieg dieser Friedenspolitik verstärken. Einige Genossen hoben hierbei richtig hervor, daß es sich tat-

sächlich um die Form (ja, man kann sagen, die heutige Hauptform) des Klassenkampfes zwischen den beiden Systemen handelt. Geht es doch darum, daß wir, die sozialistischen Staaten, die Arbeiter in allen Ländern und die friedliebenden Menschen in der ganzen Welt, die Kriegstreiber dazu bringen, auf den Krieg als Mittel ihrer Politik zu verzichten.

Die Völker müssen die Imperialisten zum Frieden zwingen

In der Diskussion wiesen die Genossen darauf hin, daß sich die Imperialisten in ihrem Drang nach Kriegen nicht geändert hätten. Davon würden doch alle ihre Provokationen zeugen, zum Beispiel die Spionageflüge der amerikanischen U-2-Flugzeuge, die Kriegsdrohungen gegen Kuba, die noch nie dagewesene Summe von Militärausgaben in den USA, die Atomrüstung in Westdeutschland usw. Die Genossen haben natürlich recht. Der Charakter des Imperialismus hat sich wirklich nicht geändert. Die aggressiven Kreise des Imperialismus bereiten heute sogar skrupellos den Atomkrieg vor.

Geändert aber haben sich die Zeiten. Und hier wurde im Seminar über den Charakter unserer Epoche, der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, gesprochen. Seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution hat sich das Kräfteverhältnis zwischen den Kräften des Krieges und des Friedens grundlegend verändert. Aus einem sozialistischen Staat, der lange Zeit allein den kapitalistischen Räubern gegenüberstand, wurde das unbesiegbare sozialistische Weltsystem, das heute zum dominierenden Faktor in der Weltpolitik geworden ist. Dutzende von Kolonien und abhängigen Ländern, die früher eine Reserve und Stütze der Imperialisten waren, haben sich in den letzten Jahren von diesem Joch befreit, und es entstand die Gruppe der neutralen Staaten, die eine wichtige Rolle im Kampf für die Erhaltung des Friedens spielen. In den kapitalistischen Ländern selbst nimmt unter dem Einfluß der Friedenspolitik des sozialistischen Lagers und unter Führung der Arbeiterklasse die Friedensbewegung immer mehr an Stärke zu. Die imperialistischen Regierungen können daher nicht mehr so, wie